



Leitspruch des Monats

„Wenn ihr nur Glauben hättet so klein wie ein Senfkorn, nichts würde euch unmöglich sein.“

Matthäus 17, 20



www.cpv-online.org
info@cpv-online.org
CPV, Goethestr. 29
72474 Winterlingen
Tel.: 07434.91100

Inhalt

- 2 Im Dialog
- 3 Arbeitszeit
- 4 Forum 2014
- 7 Neue Uniform – Farbfrage
- 8 Aus den Untergliederungen
- 11 Wir gratulieren

Impressum:

Redaktionsleitung:
Michael Hinrichsen (v. i. S. d. P.)
Telefon 0171.8514714
Fotos: **DPoIG**
Landesgeschäftsstelle:
Erzgießereistraße 20b
80335 München
Telefon 089.526004
Telefax 089.529725
E-Mail: info@dpolg-bayern.de
Internet: www.dpolg-bayern.de
ISSN: 0723-2209

G7-Gipfel-Forderungen der **DPoIG**!

Die Vorbereitungen zum G7-Gipfel für die bayerische Polizei laufen seit einem guten halben Jahr auf Hochtouren. Tagtäglich werden sich alle Polizeibeschäftigten in Bayern mittlerweile bewusst, dass sie nicht nur durch die verhängte Urlaubssperre mehr oder weniger direkt an diesem gewaltigen Einsatz beteiligt sein werden.

Die **DPoIG** Bayern brachte sich bereits aktiv in die Vorbereitung und Planung des G7-Gipfels ein. Es fanden mehrere Gespräche mit Mitgliedern des Landesvorstandes der **DPoIG** Bayern und dem Führungsstab G7 statt.

Der Führungsstab informierte uns unter anderem über ein geplantes Entsorgungskonzept während des gesamten Einsatzes mit entsprechendem Hinweis auf den Naturschutz.

Das Einsatzgebiet um Elmau ist großteils Naturschutzgebiet mit viel Wald. Um die geplante Jahreszeit kann in dem Gebiet durchaus mit Sonne und auch Insekten (Mücken, Zecken) gerechnet werden. Aus diesem Grund fordert die **DPoIG** einen geeigneten Sonnenschutz für alle Einsatzkräfte. Dies muss durch den Dienstherrn sichergestellt werden, ebenso wie Zecken-/Insektenschutz für alle Einsatzkräfte.

Der normale Polizeidienst muss auch während des G7-Gipfels aufrechterhalten bleiben, der Bürger darf keine Sicherheitsdefizite haben.

Eine klare Forderung der **DPoIG** ist auch, die Stundenschreibung 1:1 durchzuführen, die Einsatzzeiten mit An-/Abfahrt sollen nicht über zwölf Stunden liegen, und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss streng beachtet werden, geeignete Kinderbetreuungsmaßnahmen sind anzubieten.

Mehr Planungssicherheit für unsere Kolleginnen und Kolle-

gen im normalen Streifen-dienst ist meiner Meinung nach dringend geboten. Wie läuft's weiter mit dem normalen Dienst, welche Einschränkungen gibt es in der allgemeinen Aufbauorganisation (AAO), hier besteht aus unserer Sicht noch ein Kommunikationsdefizit, wir fordern mehr Transparenz gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen.

Das Toilettenproblem im Bereich des Einsatzraumes muss klar geregelt werden, keine Dixis, sondern feste Einrichtungen (Toilettenwagen) waren eine Forderung der **DPoIG**, welche laut Führungsstab auch so umgesetzt wird.

Die Mehrarbeitsstundenvergütung für den G7 sollte bereits jetzt geregelt werden, eine freiwillige Auszahlung von Überstunden darf nur noch eine Formsache sein. Es kann nicht angehen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen Überstundenberge vor sich herschieben, obwohl manch einer die Stunden gerne ausgezahlt bekommen hätte.

Eines möchte ich aber klarstellen, die Auszahlung von Überstunden darf und soll nicht die Regel sein. Aufgrund der Komplexität und der Größenordnung dieses Einsatzes fordern wir hier lediglich eine Vereinfachung für Kolleginnen und Kollegen, welche auf freiwilliger Basis ihre Überstunden ausgezahlt bekommen wollen.

Bei der Urlaubssperre (sogenannte Härtefälle) bitten wir alle Dienststellenleiter, diese Ausnahmen auch zuzulassen. Unsere **DPoIG**-Funktionsträger vor Ort und unsere Personalräte stehen unseren Kolleginnen und Kollegen mit Rat und Tat zur Seite. Sollte es hier Unstimmigkeiten geben, scheut euch nicht, auf die Funktionsträger vor Ort zuzugehen, wir werden euch helfen. Notfalls muss bei jedem Einzelfall überprüft wer-



> Jürgen Ascherl

den, ob hier ein Härtefall vorliegt oder nicht.

Die **DPoIG** Bayern wird unter der Leitung der Vorstandsmitglieder Reinhold Merl und mir den gesamten Einsatz mit vielen **DPoIG**-Funktionsträgern engmaschig begleiten. Wir betreten unsere Einsatzkräfte vor Ort und stehen jederzeit für alle Kolleginnen und Kollegen als Ansprechpartner zur Verfügung. Die **DPoIG** wird auch für die gesamte Dauer des G7-Gipfels eine Telefonhotline schalten, die 24 Stunden besetzt sein wird.

Wir sind natürlich auch schon im Vorfeld für euch da. Sollte euch also in Sachen G7-Gipfel irgendwo der Schuh drücken, ruft uns einfach an und wir greifen die Thematik auf und werden versuchen, das Problem zu lösen.

Wie man sieht, kommt hier einer der größten Einsätze, den die bayerische Polizei je zu bewältigen hatte, auf uns alle zu.

Die **DPoIG** Bayern wird sich vor, während und auch nach dem Einsatz dafür einsetzen, dass alle Kolleginnen und Kollegen bestmöglich ausgestattet in den Einsatz gehen und auch die dafür verdiente Vergütung erhalten.

Ich wünsche allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen, dass der Einsatz gut über die Bühne geht und es zu keinerlei gefährlichen Konfliktsituationen kommt. Wir werden euch jederzeit zur Seite stehen und ich selbst stehe auch für Fragen immer zur Verfügung.

Jürgen Ascherl,
stellvertretender
Landesvorsitzender

Im Dialog mit Bündnis 90/Die Grünen



> Jürgen Köhnlein, Rainer Nachtigall, Hermann Benker, Katharina Schulze und Jürgen Ascherl (von links)

Zu einem Informationsaustausch trafen sich Mitglieder des **DPoIG**-Landesvorstandes mit der innenpolitischen Sprecherin der Grünen-Fraktion, **Katharina Schulze, MdL**, im Bayerischen Landtag.

Der G7-Gipfel mit den Herausforderungen in den Bereichen

Personal, Bereitschaftszeiten und die von der **DPoIG** geforderten „Freeze-Aufgaben“ waren Kernthemen der Besprechung.

Zur Bekämpfung von Cybercrime mit all ihren Facetten sei es, so MdL Schulze, enorm wichtig, dass genug Personal

und die erforderliche Ausstattung vorhanden sind. Der Freistaat Bayern müsse sich als attraktiver Arbeitgeber präsentieren.

Über die spezifischen Belastungen bei der Polizei, zum Beispiel beim Überbringen von Todesnachrichten, konnte

die Politikerin ihre Erfahrungen aus persönlichen Gesprächen mit eingesetzten Polizisten ziehen.

Weitere Themen waren die Nachwuchsgewinnung und die Attraktivität des Polizeiberufes bei Schulabgängern. ■

Arbeitszeit

Neue Arbeitszeitmodelle

Minister und Ministerium geben Eckpunkte vor

Der Minister und das Ministerium machen ernst. Die europäischen wie bayerischen Gesetzesvorgaben zur Arbeitszeit sollen nach jahrelanger Übergangszeit konsequent umgesetzt werden. Damit gehören die bisherigen Arbeitszeitmodelle für den Schichtdienst in der bayerischen Polizei der Vergangenheit an. So will es der Minister, so will es das Ministerium und so ist der Auftrag für die vom Ministerium einge-

setzte Arbeitsgruppe formuliert.

Im Vorfeld der Arbeitsgruppe hatte die **DPoIG** die Gelegenheit zu einer Stellungnahme. Dabei haben wir deutlich gemacht, dass es für die Besonderheiten der Polizeiarbeit Ausnahmen von den vorgegebenen Eckpunkten geben muss und nach ihrer rechtlichen Bewertung auch geben kann.

Die **DPoIG** ist für eine EU-konforme Arbeitszeitgestaltung. Legt aber auch Wert darauf, dass die EU-Arbeitszeitrichtlinie einen Zwölf-Stunden-Dienst nicht verbietet. Die EU hat eine durchgehende Ruhezeit von elf Stunden innerhalb von 24 Stunden vorgeschrieben.

Die Zwölf-Stunden-Dienste werden durch die bayerische Arbeitszeitverordnung (AZV) grundsätzlich ausgeschlossen, da dort eine maximale Arbeitszeit in der Schicht von neun

Stunden vorgegeben ist. Die AZV sieht aber die Möglichkeit vor, dass die oberste Dienstbehörde, dies ist das Bayerische Innenministerium, davon Ausnahmen machen kann.

Das Ministerium macht nach seinen Angaben von dieser Ausnahmemöglichkeit Gebrauch und erweitert die maximale Dienstzeit von Neun- auf Zehn-Stunden-Schichten. Zu weitergehende Ausnahmen (Elf- und/oder Zwölf-Stunden-Schichten) ist das Ministerium



nicht bereit. Rückendeckung erhält es dabei von Innenminister Joachim Herrmann.

Die **DPoIG** hat darüber hinaus deutlich gemacht, dass der Tarifbereich einer gesonderten Betrachtung unterzogen werden muss. Hier gelten unter Umständen besondere tarifvertragliche Vereinbarungen. Die **DPoIG** hat gebeten, dies durch das Ministerium gesondert zu prüfen. Eine Antwort steht noch aus.

In einer extra dazu anberaumten Besprechung mit anderen Gewerkschaften und Interessenvertretungen in der Polizei und Ministeriellen hat die **DPoIG** ihre Haltung erneut dargelegt und vorgeschlagen, eine „Polizei-Arbeitszeitverordnung“ in Bayern zu schaffen, um den Besonderheiten der bayerischen Polizei an die Arbeitszeit gerecht zu werden. Hier muss das Rad nicht neu erfunden werden. Andere Bundesländer wie NRW, Saarland und Brandenburg sind hier den Bayern schon voraus.

Der Arbeitsgruppe gehören Vertreter der Berufs- und Interessenvertretungen der bayerischen Polizei sowie ein Vertreter der Gleichstellung und der

> Ziele der Arbeitsgruppe: (Quelle: StMI)

Erarbeitung von Vorschlägen

- > Umsetzung der rechtlichen Vorgaben bei der Dienst- und Arbeitszeitgestaltung der bayerischen Polizei
- > Modifizierung bestehender / Konzeptionierung neuer Schicht-/Arbeitszeitmodelle
- > Anpassung und Fortschreibung der IMBek. „Arbeitszeit der bayerischen Polizei“
- > Vorbereitung einer Rahmendienstvereinbarung mit dem Hauptpersonalrat



Hauptpersonalrat an. Darüber hinaus sind Vertreter zahlreicher Verbände in der Arbeitsgruppe, die aus unterschiedlichsten Bereichen (Inspektionen bis Stab/E1, „S“ und „K“) stammen.

Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe verstehen ihre Aufgabe als eine Art Serviceleistung für

die Kolleginnen und Kollegen. Ihr Engagement liegt darin, mögliche Arbeitszeitmodelle zu erarbeiten, die den gesetzlichen und ministeriellen Vorgaben entsprechen. Diese sollen dann in Dienststellen vorgestellt und ab Ende 2015 bayernweit in Pilotdienststellen erprobt werden. Interessierte

Kolleginnen und Kollegen können mit ihren Dienststellen freiwillig an diesen Erprobungen teilnehmen.

Auf diesem Weg sollen alle Kolleginnen und Kollegen die Gelegenheit erhalten, im Rahmen von verbandsinternen Workshops ihre Überlegungen und Erfahrungen über die Verbände in die Arbeitsgruppe einzubringen. Dabei stehen auch die Arbeitsgruppenmitglieder ihren jeweiligen Verbänden gerne zur Seite.

Stellungnahmen und weitere Informationen zum Thema Arbeitszeit unter www.dpolg-bayern.de

Eckpunkte

- > Pro 24-Stunden-Zeitraum zusammenhängend mindestens elf Stunden Ruhezeit
- > Kein Doppelschlag mehr
- > Maximal Zehn-Stunden-Dienste – keine Zwölf-Stunden-Dienste mehr
- > 48 Stunden wöchentliche Höchstarbeitszeit
- > Neues Arbeitszeitmodell mit vorhandenem Personal

Diese Eckpunkte wurden vom Innenministerium so festgelegt. ■

> DPoIG in eigener Sache

Bezug des POLIZEISPIEGELS als Druckwerk oder in Dateiform?

Liebe Mitglieder,

der POLIZEISPIEGEL der Deutschen Polizeigewerkschaft (**DPoIG**) informiert zehnmal im Jahr über aktuelle berufsspezifische und sicherheitspolitische Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene.

Wir möchten Euch hiermit den „papierlosen“ POLIZEISPIEGEL anbieten:

Auf Wunsch erhaltet Ihr den POLIZEISPIEGEL nicht mehr als gedrucktes Heft, sondern ausschließlich in elektronischer Form, und zwar als Link zum Herunterladen der entsprechenden Datei.

Um diesen neuen Service zu nutzen, schickt bitte eine kurze E-Mail an:

info@dpolg-bayern.de

Der Versand kann ausschließlich an private E-Mail-Adressen erfolgen.



Forum „Tatort Internet“ am 3. Dezember 2014

Haus der bayerischen Landwirtschaft Herrsching



Stefan Kempfner

Mit ihren Foren, in deren Mittelpunkt jeweils ein aktuelles Thema steht, bietet die **DPoIG** eine kommunikative Informationsplattform an, die politische Mandats- und Entscheidungsträger, Repräsentanten der Justiz, Verbände, Wissenschaft und Lehre mit der Polizeiführung und der Polizeibasis zusammenführen soll.

Bisherige Foren der DPoIG Bayern:

- > **Gewalt gegen Polizeibeamte** (2008)
- > **Extremesituation Amoklauf** (2009)
- > **Wenn Polizeidienst krank macht** (2010)
- > **Grenzfall Schengen** (2011)
- > **Politischer und religiöser Extremismus – Stresstest für den Rechtsstaat** (2012)
- > **Polizei und Soziale Netzwerke** (2013)

Landesvorstandsmitglied und Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern, **Stefan Kempfner**, übernahm die Begrüßung der wieder zahlreich erschienenen Gäste und interessierten Kolleginnen und Kollegen.

In seiner kurzen Einführung in das Thema sprach Landesvor-

sitzender **Hermann Benker** unter anderem die angebliche Aufklärungsquote, die irgendwo zwischen 30 und 45 Prozent liegen soll, an und verwies darauf, dass in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) nur die Straftaten erfasst werden, bei denen der Tatort in Deutschland liegt. Er wiederholte hier eine oft formulierte Forderung der **DPoIG** nach der Erfassung dieser Straftaten nach dem Wohnsitz des Geschädigten.

Landespolizeipräsident Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer, der in seinem Beitrag Bayerns Offensive gegen Internetkriminalität unter dem Motto „Mit Cybercops gegen Cybercrime“ darstellte, bestätigte Benkers Kritik, nannte statistische Zahlen (PKS Bayern 24 300 Straftaten mit Internetbezug bei einer Steigerungsrate von circa zehn Prozent) und machte deutlich, dass sich die Polizei dabei selbst betrüge.

Bei der Internetkriminalität muss von einem sehr hohen Dunkelfeld ausgegangen werden. Zum einen, weil, wie von Hermann Benker angesprochen, die Schere zwischen tatsächlicher und statistisch abgebildeter Kriminalität

auseinanderklafft, weil Auslandsstraftaten bundesweit in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) nicht erfasst werden.

Und zum zweiten, weil viele Internetstraftaten gar nicht erst angezeigt werden: Viele User bemerken die Straftat eventuell gar nicht oder ihr individueller Schaden ist so gering, dass sie ihn nicht zur Anzeige bringen.

Unternehmen verzichten oft auf eine Anzeige, weil sie wegen vermeintlicher eigener „Unachtsamkeit“ zum Opfer wurden und deshalb als unzuverlässig betrachtet werden.



„In einer Studie hat das Bundeskriminalamt (BKA) Auskunftersuchen für 1 157 Anschlüsse untersucht.“

Im Ergebnis wurden 76 Prozent der Anfragen durch die Telekommunikationsanbieter wegen fehlender Regelungen zur Kommunikationsüberwachung nicht beantwortet. Dadurch konnten 56 Prozent der Strafverfahren nicht geklärt werden.“

LPP Dr. Wilhelm Schmidbauer

Dr. Schmidbauer machte deutlich, dass Deutschland materiell-rechtlich in Bezug auf die Cyberkriminalität gut aufgestellt ist. Eine grundsätzliche Strafbarkeit für die diversen modi operandi ist in Gesetzen ausreichend normiert.

Das Problem liegt darin, dass den Strafverfolgungsbehörden die Eingriffsbefugnisse zur Datenerhebung fehlen, diese aber zur Verfolgung der Internetstraftaten unbedingt notwendig wären. Das aktuell bestehende Prozessrecht hebt unser (gutes) materielles Strafrecht aber regelrecht aus.

Wenn die Polizei nicht die notwendigen Werkzeuge zur Verfügung gestellt bekommt, wird auch künftig vieles straflos bleiben. Unter anderem gehört das Thema „Vorratsdatenspeicherung“ in diesen Kontext. Internettäter hinterlassen zwar digitale Spuren. Diese können leider aufgrund fehlender Regelungen über die Mindestspeicherfristen von Telekommunikationsdaten, der sogenannten Vorratsdatenspeicherung, sehr oft nicht weiterverfolgt werden.

Als besonders tragisch bezeichnet Dr. Schmidbauer diesen Umstand in Fällen der Kinderpornografie. Hier muss mehr ins Bewusstsein der politisch Verantwortlichen rücken, dass hinter jedem kinderpornografischen Bild ein sexueller Missbrauch steht, dessen Fortsetzung nicht unterbunden werden kann, bis der Täter überführt ist.

„2015 wird es mehr Mobiltelefone als Menschen auf der Welt geben.“

LPP Dr. Wilhelm Schmidbauer

Ziel der Strafverfolgungsbehörden muss sein: Wo auch immer auf dieser Welt ein Täter sitzt, muss die bayerische Polizei seinen Standort lokalisieren können und die internationale Zusammenarbeit zu seiner Festnahme führen.



Dazu muss im Landtag dafür um Verständnis geworben werden, dass zum einen die personellen Probleme der bayerischen Polizei gelöst werden müssen und andererseits die Kolleginnen und Kollegen auch professionelles Equipment benötigen.

Ohne einen erhöhten finanziellen Ansatz kann die Polizei bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität nicht handlungsfäh bleiben beziehungsweise werden.

„Der Staat muss seinem Schutzauftrag für die Bürger auch in der virtuellen Welt gerecht werden.

Dieser wird allerdings nicht dadurch erfüllt, dass der Datenschutzbeauftragte Behörden und die Polizei überwacht, sondern nur dadurch, dass wir die entsprechenden rechtlichen Eingriffsbefugnisse an die Hand bekommen.“

LPP Dr. Wilhelm Schmidbauer

Ministerialrat **Dr. Wolfgang Bär** vom Bayerischen Staatsministerium der Justiz (StMJ) referierte über „Rechtliche Herausforderungen bei Bekämpfung der Internetkriminalität“. In seiner Einleitung zeigte er die massiven Steigerungszahlen der Internetnutzung auf, erläuterte das Phänomen „Nomophobia“ – der Angst, mobil nicht erreichbar zu sein – und zeichnete ein Bild der „digitalen Unterwelt“ – dem „verborgenen Netz der Internetverbrecher“.

Wie schon Dr. Schmidbauer sprach Dr. Bär von einer hohen Dunkelziffer: So werden nach einer aktuellen Studie aus Niedersachsen überhaupt nur 8,5 Prozent aller computerbezogenen Delikte angezeigt.

Dr. Bär erläuterte das IuK-Konzept Bayern mit Zentralstellenfunktion des StMJ und

eigenem Referat für Internetkriminalität.

Im ersten Teil seines Vortrags ging Dr. Bär auf die Anforderungen im materiellen Strafrecht ein. Hier thematisierte er unter anderem rechtliche Vorgaben durch EU und Europarat sowie die Schutzgüter bei Computer- und Internetkriminalität.

Interessant war sein Aufzeigen von einzelnen Straftatbeständen zum Schutz vor Computer- und Internetkriminalität und die Frage: Wo besteht Handlungsbedarf? Schlagworte hierbei: Computerspionage, Urheberstrafrecht, Datenschutzdelikte mit einzelnen Paragraphen aus dem StGB.

Unter anderem „Hacking“/ Trojaner (§ 202 a StGB), „Abfangen von Daten“ (§ 202 b StGB), „strafbare Vorbereitung“ (§ 202 c StGB), Datenveränderung (§ 303 a), § 303 b StGB Computersabotage (Viren/Würmer), § 269 StGB Fälschung beweiserheblicher Daten (zum Beispiel falsche E-Bay-Anmeldung) und § 263 a StGB Computerbetrug.

Unter der Überschrift „Strafverfahrensrecht“ erläuterte Dr. Bär die Eingriffsnormen für den Zugriff auf die verschiedenen Daten der Telekommunikation (Inhaltsdaten, Nutzungsdaten, Verkehrsdaten, Personalauskunft, Bestandsdaten, Zugangsdaten).



„Was nützt eine strafprozessuale Befugnis, die es erlaubt,

auf Daten zuzugreifen, wenn keine Daten (mehr) da sind ...“

Dr. Wolfgang Bär

Dr. Bär ging in seinem Vortrag weiter auf die aktuelle Rechtslage zu (verdeckten) Ermittlungen und zu Fahndungen in sozialen Netzwerken ein. Dabei ging er auch auf die Thematik „Verifikation von Daten“ im Netz ein: „Eine Anmeldung als Mickey Mouse aus Entenhäusen ist jederzeit möglich ...“

(Grundrechtsrelevanz von Ermittlungen)

Die Kommunikationsdienste des Internet ermöglichen in weitem Umfang den Aufbau von Kommunikationsbeziehungen, in deren Rahmen das Vertrauen eines Kommunikationsteilnehmers in die Identität und Wahrhaftigkeit seiner

Kommunikationspartner nicht schutzwürdig ist, da hierfür keinerlei Überprüfungsmechanismen bereitstehen ...

Auch im Rahmen einer solchen Kommunikationsbeziehung ist jedem Teilnehmer bewusst, dass er die Identität seiner Partner nicht kennt oder deren Angaben über sich jedenfalls nicht überprüfen kann.

BVerfG (Online-Durchsuchung) NJW 2008, 822

Ausführungen zu Ermittlungen mit Auslandsbezug im Zusammenhang mit dem Zugriff auf Cloud-Daten rundeten das höchst informative Referat Dr. Bärs ab, bevor er seine Folgerungen kurz zusammenfasste.

Kriminaloberrat **Günter Seibold**, Leiter des Dezernats Cybercrime beim Bayerischen



Zusammenfassung

- Effektive Verfolgung von Cybercrime kann nicht gewährleistet werden, wenn dem Stand der Technik entsprechende Ermittlungsbefugnisse nicht zur Verfügung stehen
- Möglichkeit zur Zurückverfolgung von Tätern in Datennetzen muss bestehen
- Vorhandene Daten dürfen nicht sofort gelöscht werden



Landeskriminalamt, zeigte in seinem Vortrag „Tatort Internet – Prävention und Strafverfolgung“ die aktuelle Situation, also „das echte Leben“ in der virtuellen Welt auf. Dabei stellte er den Anwesenden zu Beginn einige „Schätzfragen“, die er mit aktuellen Zahlen beantwortete.

Er stellte das schnelle Wachstum „digitaler Identitäten“, die riesige Datenmenge, die im Netz zu finden ist, und die weltweit zur Bekämpfung bestehenden Verbindungen dar. Bei Alleingängen, also ohne internationale Allianzen, wird nach Seibold's Überzeugung jedes Land bei der Bekämpfung der Internetkriminalität scheitern.

Die Definition des Begriffs „Cybercrime“ und aktuelle Erscheinungsformen/Phänomene machten deutlich, dass in jedem Bereich des Internets permanent größte Gefahren lauern.

„Big Data“, Carding/Skimming, Ransomware, Identitätsdiebstahl, Gefahren beim Online-banking, Wirtschafts- und Industriespionage waren Themen, die KOR Seibold mit Beispielen erläuterte.

Seibold versuchte den Teilnehmern deutlich zu machen, wie wichtig es ist, Daten immer extern zu sichern.

Auch sind Verfolgungsbehörden noch immer bei einem Anfall von Massendaten (zum Beispiel nach Anschlägen) und deren Abarbeitung vollkommen überfordert.

Kollege Seibold beendete sein Referat mit einem Hinweis in eigener Sache: Dies war sein letzter Vortrag bei einer Veranstaltung. Nach seiner Hochzeit wird er künftig den Namen **Günter Younger** tragen.



„Aktuell mehr Cybercops zu fordern, macht keinen Sinn!“

Die vorhandenen müssen erst „integriert werden“, weil EDV-Spezialisten vollkommen anders ticken als Polizisten ...“

*Kriminaloberrat
Günter Seibold*

Die Aussage von Kollegen Seibold, dass EDV-Spezialisten vollkommen anders ticken als Polizisten, wurde bereits durch den nächsten Referenten mehr als bestätigt:

Ein offensichtlicher Profi auf diesem Gebiet, Dipl.-Inf. **Frank Tietze**, Universität der Bundeswehr München, Lehrstuhl für Kommunikationssysteme und Netzsicherheit, zeigte aus seiner Sicht die aktuellen Bedrohungen durch Cyberterrorismus, -extremismus und -spionage auf.

„Neue Welt ... Neue Möglichkeiten ... Neue Risiken“ überschrieb er seine Einleitung und leitete zur Begriffsklärung im Zusammenhang mit „Cyber“ bis zurück zur Mitte des 20. Jahrhunderts über.

Mit Begriffen wie „Cyberangriff“ (mit einem „klassischen“ Angriffsverlauf), „Watering Hole Attack“, „Phishing“, „Spearphishing/Whaling“, „Advanced Persistent Threat“, hatten viele der Gäste bis zu dem Vortrag des Herrn Tietze noch nichts zu tun.

Seine entsprechenden Beispiele sorgten für einige Aha-Momente.



„Je höher Unternehmen ihre Standards setzen, desto aktiver und professioneller werden die Angriffe.“

Dipl.-Inf. Frank Tietze

Frank Tietze erläuterte die Intention des Cyberextremismus und der Cyberspionage, durch die Verbreitung extremistischer Informationen zu einem gesellschaftlichen Umbruch zu kommen.

Vorrangiges Ziel ist es, kritische Informationen zu gewinnen und diese zu veröffentlichen beziehungsweise diese selbst zu nutzen.

Hohe mediale Aufmerksamkeit zum Beispiel bei der Störung von Diensten/Webauftritten der Wirtschaft und der Politik sind Teil des Cyberextremismus.

Dabei nutzen die Täter Hilfsmittel wie Viren, Würmer, Trojaner, Exploits, aber auch die öffentlichen Medien wie zum Beispiel Blogs ...

„Der Mensch ist eine kritische Größe!!!“

„Der User muss unbedingt wissen, was er nicht tun darf!“

Dipl.-Inf. Frank Tietze

Viele der Gäste nahmen ihr Mobiltelefon zur Hand und mussten feststellen, dass ge-

nau die Einstellung, vor der der letzte Referent des Tages, **Cem Karakaya** vom Kommissariat 105 des Polizeipräsidiums München, gerade warnte, auch bei ihnen „falsch“ war.

Mit wirklich praktischen Tipps, wie zum Beispiel zu sicheren Passwörtern, Sicherheitsupdates, Datensparsamkeit und sicheren Nutzerprofilen, machte Kollege Karakaya den meisten der Anwesenden bewusst, dass auch sie beim Thema „Surfen ohne Risiko – Gefahren und Verhaltensregeln“ unmittelbar betroffen sind.

Dass einige nachher fragten, ob er wegen seiner Fachkenntnisse oder doch als Kabarettist „engagiert“ worden war, machte deutlich, dass er sowohl inhaltlich als auch mit der Art seines „Auftritts“ genau die Bedürfnisse der Kolleginnen und Kollegen getroffen hatte.



„Datenschutz gilt leider nur für die Sicherheitsbehörden.“

Täter halten sich wohl kaum daran!“

Cem Karakaya

Landesvorsitzendem **Hermann Benker** blieb es nach einem weiteren höchst interessanten Forum vorbehalten, sich bei den Organisatoren des Forums, allen voran dem Team der **DPoIG**-Landesgeschäftsstelle mit Landesgeschäftsführer Matthias Godulla, den Referenten und den interessierten Teilnehmern zu bedanken.



Die Frage, die nach einem Forum zum Thema „Tatort Internet“ zu stellen bleibt, kann wohl jeder Teilnehmer mit den erhaltenen Informationen besser beantworten: „Sind wir als Polizei gut aufgestellt?“ ...

Der Landesvorstand der **DPoIG** Bayern wird sich in seinen nächsten Sitzungen damit



> Hermann Benker

beschäftigen, welche gewerkschaftlichen Forderungen sich aus der Veranstaltung ergeben.

Fest steht aber, dass die Reihe der Foren eine Fortsetzung finden wird.

Die Beiträge der Referenten sind für alle Interessierten auf der Homepage der DPoIG Bayern eingestellt. ■

Kommentar zur Farbfrage

Kommentar von Jürgen Köhnlein, Mitglied im **DPoIG**-Landesvorstand: „Über Geschmack und Farben lässt sich nicht streiten.“



Das lateinische Sprichwort „de gustibus et coloribus non est disputandum“ kommt mir in den Sinn, wenn ab dem 9. Februar 2015 alle uniformierten Schutzpolizisten und Verkehrsdienstangestellte aufgefordert sind, Farbe zu bekennen und eine Entscheidung darüber abzugeben, in welcher Uniformfarbe der bayerische Polizist in Zukunft seinen Dienst verrichtet.

Dieses Sprichwort passt genau dann, wenn es keinen objektiven Maßstab für die Bewertung von Dingen gibt, sondern dies immer von der individuellen Vorliebe des Einzelnen abhängt. Wenn niemand rational beweisen kann, dass ein bestimmtes Geschmacksempfinden das Richtige sei. Anders gesagt: In Geschmacks- und Farbfragen kann es kein „richtig“ oder

„falsch“ geben; sie liegen jenseits aller Beweisbarkeit.

Doch bei der Farbfrage zur Uniform gibt es viele wichtige Fakten außerhalb des Farbempfindens. Die **DPoIG** hat sich schon sehr lange mit dem Thema neue Uniform beschäftigt, weit bevor Minister Herrmann den Startschuss für die Neubeschaffung gab. Für uns standen immer Verbesserungen in der Funktionalität und beim Tragekomfort im Vordergrund. Wir wollten auch weg davon, dass Frauen in für Männer geschaffenen Uniformen Dienst leisten müssen.

Doch für uns war auch klar, dass mit der Einführung einer neuen Uniform der Schritt zur blauen Uniform gemacht werden muss. Bayern ist mittlerweile das einzige Bundesland, europaweit gesehen sogar die einzige Region, die keine blaue Polizeiuniform hat. Wir sind mittlerweile die Exoten in diesem Bereich. Unsere geschlossenen Einheiten bei der BePo und den Einsatzzügen haben den Schwenk zu Blau mittlerweile geräuschlos vollzogen. Die WSP und unsere Tarifbeschäftigten im Verkehrsdienst kennen keine andere Uniformfarbe.

Bei der Beschaffung von Uniformteilen konnte man viel über die Zusammenhänge von Mengenbestellungen, Herstellungskapazitäten und der Preisfindung lernen. Jede Synergie schlägt sich da positiv auf den Preis nieder.

Um die Nachwuchsgewinnung zu stabilisieren, setzt die bayerische Polizei in diesem Jahr auf den Start einer Werboffensive. Gleichzeitig wird ein Corporate Design entwickelt, um sich als Marke zu präsentieren. Wir wissen, dass jungen Bewerber das aktuelle Erscheinungsbild eines Polizisten, somit insbesondere die Uniform, genau betrachten und der aktuellen Farbkombination Beige-Grün keine guten Zensuren geben. Ein Hemmschuh für die Bewerbung.

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

die Farbentscheidung – ob Beige-Grün oder Blau – wird sicherlich eine Geschmacksentscheidung sein. Bei einer Entscheidung für Blau werden sich die genannten Vorteile auswirken und Nachteile nicht eintreten. Das sollten wir wissen.

Bitte nimm Dir die Zeit für die EDV-gestützte Farbabstimmung und bekenne Farbe! Nur so wird die Entscheidung auf eine breite Basis gestellt und eine hohe Akzeptanz erreicht. JK

> Info



Was?

Farbentscheidung neue Uniform: alte Farbe Beige-Grün oder neue Farbe Blau

Wer?

Alle PVB der Sparte Schutzpolizei und uniformierte Verkehrsdienstangestellte

Wann?

9. Februar bis 22. März 2015 (6 Wochen)

Wie?

Freiwillig, mittels EDV-gestützter Umfrageanwendung am Dienst-PC, anonymisiert

Warum?

Breite Basisbeteiligung; Entscheidungshilfe für den Innenminister; Innenminister Herrmann wird dann Ende März 2015 seine Entscheidung bekannt geben.

Wichtig:

Auch wenn die Farbentscheidung für Beige-Grün fallen sollte, müssen alle alten Uniformteile in die Kleiderkammer. Eine Kombinationsmöglichkeit alter und neuer beige-grünen Uniformteile ist später nicht möglich.



DPoIG München besucht erneut am Heiligabend alle Münchner Polizeidienststellen

Die DPoIG München hat mit dieser Aktion, die von der DPoIG München auch ins Leben gerufen wurde, erstmalig 2010 alle am Heiligabend Dienstleistenden der Münchner Polizei besucht.

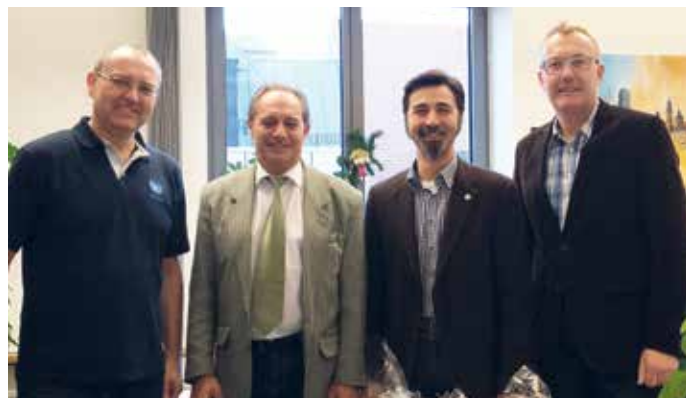
Jede Polizeidienststelle, einschließlich Einsatzzentrale, Verkehrszentrale, K-Jourdiens- te, Kriminaldauerdienst und sonstige Dienstleistenden wurden durch DPoIG-Funkti- onsträger besucht.

Mit dieser Aktion wollten wir allen unseren Kolleginnen und Kollegen, die am Hei-

ligabend ohne ihre Familie für unsere Sicherheit unterwegs sind, unsere Wertschätzung und Solidarität für ihre geleis- tete Arbeit ausdrücken.

Am 24. Dezember 2014 führte die DPoIG München diese er- folgreiche Aktion zum fünften Mal in Folge durch und besuche- te wieder alle Dienststellen in ganz München und überbrach- te ein paar kleine Weihnachts- teller mit allerlei Naschereien.

Am Heiligabend leisten circa 800 Polizeibeamtinnen und -beamte und Angestellte beim PP München Dienst.



In der Polizeieinsatzzentrale trafen der Vorsitzende der DPoIG-Tarifkommission Bayern, Ümit Turul, und der DPoIG-Be- zirksvorsitzende Jürgen Ascherl unter anderem den Polizeivi- zepräsidenten Robert Kopp und den Leiter der Einsatz-

zentrale, Polizeidirektor Ralf Molocher.

Mehr Bilder auf der DPoIG-Home- page unter DPoIG vor Ort.

*Jürgen Ascherl,
Bezirksvorsitzender*

Bezirkkongress der DPoIG Schwaben Süd/West in Senden unter dem Motto:

„Schwaben Süd/West – gemeinsam mitgestalten“!

Führung des Bezirksverbandes in bewährten Händen

Mit einer bewährten Führung geht der Bezirksverband Schwaben Süd/West in die nächste fünfjährige Legisla- turperiode. Karl Eichinger wurde mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt als

Bezirksvorsitzender bestätigt. Ebenfalls wiedergewählt wurde Armin Stich als 1. stell- vertretender Vorsitzender. Neuer weiterer stellvertretender Vorsitzender wurde Rainer Birkhahn.

Als Vorstandsmitglieder wurden Günther Hohen- warter, Klaus Rostek, Wolfgang Bühl (Schrift- führer), Rüdiger Werner (Kassenangelegenheiten), Bernhard Lang (Senioren),

Jacqueline Eidner (Frauen- und Familienangelegenheiten), Regina Grieger-Wild (Tarifbe- auftragte), Gitti Böhm (Beauf- tragte für Menschen mit Be- hinderung) und Philipp Müller (JUNGE POLIZEI) gewählt.



In der Arbeitssitzung am Vormittag im Feuerwehrhaus Senden standen die Wahlen und der Bericht des alten und neuen Vorsitzenden im Vordergrund. Hierbei berichtete Karl Eichinger unter anderem über die zahlreich durchgeführten Veranstaltungen und die durchaus positive Mitgliederentwicklung im Bezirksverband. Zudem wurden verschiedene Anträge diskutiert und beschlossen.



Nachmittags bei der Öffentlichkeitsveranstaltung richteten Herr Raphael Bögge, 1. Bürgermeister der Stadt Senden, und Herr Klaus Faltenbacher, Vizepräsident des Polizeipräsidiums Schwaben Süd/West, Grußworte an die zahlreich erschienenen Zuhörer. Karl Eichinger führte in seiner Rede aus, wie das Motto des Kongresses

umgesetzt werden kann und wies auch auf die besondere Problematik der Gewalt gegen Polizeibeamte in Schwaben Süd/West hin. Komplettiert wurde die Riege der Redner mit Hermann Benker, der über bezirksübergreifende Themen referierte, und Berend Jochem, der in beeindruckender Weise die **DPoIG**-Stiftung vorstellte. ■



Bezirkskongress der **DPoIG** München



Der Kongress der **DPoIG** München, „das Highlight“ im 5-Jahres-Kalender des Verbandes, stand unter dem Motto „Polizeiarbeit in der Wachstumsregion München – Gemeinsam die Herausforderungen meistern“. Zu der ganztägigen Veranstaltung fanden sich die knapp 60 Delegierten zunächst zur Arbeitstagung zusammen. Neben der Beratung von Anträgen, die alle Bereiche des Beamten- und Tarifrechts sowie Fragen

der Besoldung, der Versorgung, des Dienstbetriebs und der Ausstattung zum Thema hatten, standen unter anderem die Vorstandswahlen auf dem Programm. Die Geschlossenheit der **DPoIG** München kam in der Bestätigung der bewährten Mannschaft überdeutlich zum Ausdruck. Jürgen Ascherl wurde ohne Gegenstimmen erneut zum Vorsitzenden gewählt. Der enge Vorstand wird wie gehabt durch seinen 1. Stellvertreter

Stephan Berninger sowie von Angela Spänle und Jörg Loewendorf komplettiert.

Den – im wahrsten Sinne des Wortes – krönenden Abschluss des Vormittags bildete die Wahl des langjährigen Bezirksvorsitzenden Hermann Vogelgang zum Ehrenvorsitzenden der **DPoIG** München. Dies war dem Verband ein wichtiges Anliegen. Gewürdigt wurde damit seine hervorragende Arbeit bei der Führung der immer stärker prosperierenden Münchner **DPoIG**. Auch als 1. stellvertretender Landesvorsitzender ließ er sein München trotz der vielen Verpflichtungen nie im Stich. Besonders zu danken ist ihm, dass er, als er den Posten des Dienststellenleiters der PI Vilsbiburg errang, für eine geordnete Nachfolge sorgte und damit einen „wohlbestellten“ BV München hinterließ.

Der Einladung zur nachmittäglichen Öffentlichkeitsveranstaltung waren neben den Delegierten zahlreiche Vertreter des Polizeipräsidiums München, der Landtagsfraktionen (neben den nachfolgend aufgeführten Rednern waren auch die beiden CSU-Abgeordneten Robert Brannekämper und Andreas Lorenz bis in den Abend hinein präsent) und der **DPoIG** Bayern gefolgt. Der als einer der Redner vorgesehene Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes, Rolf Habermann, musste leider kurzfristig einen anderen Termin wahrnehmen. Jürgen Ascherl wies in seiner Begrüßung darauf hin, dass die Kolleginnen und Kollegen an der Belastungsgrenze arbeiten und angesichts des anhaltenden Bevölkerungszuwachses die Politik und Behörden in der Pflicht stehen, hier Unterstützung zu leisten.



Es gilt, deutlich mehr Personal einzustellen und den Dienst in München durch einen finanziellen Ausgleich der höheren Lebenshaltungskosten, die Bereithaltung bezahlbaren Wohnraums und von auf die Polizeidienstzeiten abgestimmter Kinderbetreuung zumindest ein wenig zu erleichtern. Ein wichtiger Punkt ist auch Berücksichtigung der Sonderbelastungen bei den Stellenbewertungen.

Der Inspekteur der bayerischen Polizei, Thomas Hampel, Polizeipräsident Hubertus André sowie die MdLs Dr. Florian Herrmann, Professor Dr. Peter Paul Gantzer, Katharina Schulze, Bernhard Pohl und der DPoIG-Landesvorsitzende Hermann Benker zeigten in ihren fundierten Grußwortbeiträgen auf, dass sie die Arbeit der Münchner Polizei nach Kräften unterstützen wollen. Bei den Politikern kamen dabei natürlich unterschiedliche Sichtweisen zum Ausdruck. Themati-



siert wurden unter anderem Konsequenzen aus der Datenschutz-Rechtsprechung für die praktische Polizeiarbeit, die Heranziehung von Veranstal-

tern für Polizeieinsatzkosten, eine Aufstockung der Mittel für den Polizeihaushalt und Möglichkeiten, die Beamten im teuren Ballungsraum München

finanziell zu unterstützen. Hier bleibt es an der DPoIG München und ihrem Vorstand, für unsere Kollegenschaft gangbare Wege auszumitteln und im Dialog mit den Verantwortlichen nach bestmöglichen Lösungen zu suchen.

Jürgen Ascherl bedankte sich bei den Rednern für ihre fundierten Statements. Er kündigte an, dass die DPoIG die G7-Einsatzkräfte weitestmöglich auch im Vorfeld des Einsatzes unterstützen und während des Einsatzes mit Betreuungsteams unterwegs sein wird. Abschließend appellierte er an die Politik, dem Gedanken an eine Wiedereinführung von Ortszuschlägen näherzutreten oder gangbare Alternativen zu entwickeln. Die rundum gelungene Veranstaltung klang bei einem Stehempfang, der zu intensiven Gesprächen genutzt wurde, aus.

Stephan Berninger



Jahreshauptversammlung des KV „PVA“

Am 27. November 2014 fand die Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes PVA im Gasthof „Iglhaut“ in Viechtach statt. Bei der diesjährigen Versammlung standen die aktuellen Themen und Problemstellungen der Tarifbeschäftigten im Mittelpunkt.

Der diesbezügliche Vortrag des Vorsitzenden der DPoIG-Landestarifkommission, Ümit Turul, fand großen Anklang. So waren in der Versammlung auch die tarifbeschäftigten Mitglieder des KV zahlreich vertreten.

Als weitere Gäste konnte KV-Vorsitzender Wolfgang Ulrich

PVA-Präsident Gerold Mahlmeister sowie Bezirksvorsitzenden Gustl Janker begrüßen, welche in ihren Grußworten über die aktuellen Themen im PVA sowie über die derzeit ungünstige Entwicklung hinsichtlich der Beförderungssituation im Beamtenbereich unterrichteten.

Für die 25-jährige Mitgliedschaft in der DPoIG wurde Ulrich Kienberger geehrt.

Die Versammlung fand mit einem „Ganserlessen“ einen wahrlich gemütlichen und folglich auch „späten“ Ausklang.



> Kreisvorsitzender Wolfgang Ulrich (links) und Bezirksvorsitzender Gustl Janker (rechts) bei der Ehrung von Ulrich Kienberger



DPoIG Schwaben Nord –

Der neue Bezirksvorstand stellt sich vor

Am Donnerstag, dem 23. Oktober 2014, ab 9.30 Uhr, fand im Kloster Holzen, Klosterstraße 1, 86695 Allmannshofen, westlich der B 2 bei Nordendorf, der Bezirkskongress des Bezirksverbandes Schwaben Nord der **Deutschen Polizeigewerkschaft** statt.

Insgesamt 22 Delegierte fanden sich im tollen Ambiente des ehemaligen Benediktinerinnenklosters ein. Die bisherige Vorstandschaft sowie der Kassenverwalter legten ihren Rechenschaftsbericht ab. Nach der Aussprache und dem positiven Bericht des Kassenprüfers wurde dem ehemaligen Vorstand die Entlastung erteilt.

Gut vorbereitet ging man in die Wahl des neuen Vorstandes. Für einige Posten waren bereits im Vorfeld Kandidaten gefunden worden.

So konnte die Abstimmung unter der kompetenten Leitung des Wahlausschusses,

Diethard Pascher, Peter Schwab und Helmut Schneid, zügig durchgeführt werden. Für die nächsten fünf Jahre wurde wie folgt gewählt:

1. Vorsitzender
Oberman Martin
PP SWN Personalrat
0821.323-1057

1. stellvertretender Vorsitzender
Kapfer Andreas
PI 3 zurzeit K2
0821.323-3222
0821.323-3078

Weitere stellvertretende Vorsitzende
Graf Andreas
PI Nördlingen
09081.2956-0

Vertreterin Tarif
Besserer Sonja
PI Augsburg Süd
0821.323-2717

Ruhestandsvertreter
Pascher Diethard

PI Schwabmüch.
08232.9606-20

Kassier
Reinelt Siegfried
PI Dillingen, Erm.
09071.56-230

Vorstandsmitglied
Künzel Uwe
PP SWN TED
0821.323-1582

Schriftführer
Heimann Bernhard
PI Zusmarshausen
08291.1890-20

Vertreterin für Frauen-/Familienangelegenheiten
Manhart Adelheid
PI Augsburg ED/
DHSt.
08231.995-181

Vertreterin für Menschen mit Behinderung
Pascher Eleonore
PP SWN PV 2
0821.323-1627

JUNGE POLIZEI
Spremann Simon
PI Augsburg ED
0821.323-2910

Weitere Mitglieder des Hauptvorstandes
Speer Stefan
PI Augsburg 3
0821.323-2320

Frank Robert
PI Augsburg Süd
0821.323-2710

Nothofer Friedrich
PI Dillingen
09071.56-280

Escheu Stephan
PI Zusmarshausen
08291.1890-26

Rechnungsprüfer
Traber Manfred
PI Dillingen
09071.56-460

Hungbaur Nina
PP SWN Personalrat
0821.323-1051